

Arme Hamburger, reiche Thüringer

Armut. Die Bundesbürger im Westen sind reich, die im Osten sind arm – dieses oft bediente Klischee gilt nur, wenn man die Armutsgrenze bundesweit einheitlich definiert. Legt man jedoch die Einkommensgrenzen des jeweiligen Bundeslandes zugrunde, stehen die Ostdeutschen deutlich besser da.

Eines ist klar: Die Armutsquote in Deutschland ist gestiegen, wenn zuletzt auch nur langsam – von 10,5 Prozent im Jahr 1991 auf 13,7 Prozent im Jahr 2010 (Grafik). Weniger klar ist allerdings, welches Bundesland am meisten vom Problem der Armut betroffen ist.

Denn auf den Vergleich kommt es an. Die Armutsdefinition der EU etwa stellt auf die Lebensverhältnisse des jeweiligen Mitgliedslands ab. Übertragen auf die relative Einkommensarmut in Deutschland bedeutet das: Grundlage wäre der bundesweite Schwellenwert von 60 Pro-

zent des Medianeinkommens. Im Jahr 2011 waren das genau 848 Euro monatlich (Grafik Seite 2).

Bezogen auf diese bundesweite Armutsschwelle haben Baden-Württemberg und Bayern – die wirtschaftlich stärksten Länder mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit – mit jeweils rund 11 Prozent die geringsten Armutsquoten.

Dagegen weisen die ostdeutschen Bundesländer zusammen mit Berlin und Bremen die höchsten Armutsquoten auf. Verwunderlich ist dies allerdings kaum, denn schließlich ist das Einkommensniveau in Ostdeutschland deutlich niedriger als im Westen – also ist es auch viel schwerer, über den relativ hohen Schwellenwert von 848 Euro zu kommen.

Psychologische Untersuchungen zeigen jedoch: Entscheidend für die Zufriedenheit des Einzelnen ist weder die absolute Höhe seines Einkommens noch dessen Verhältnis zu einem abstrakten Durchschnittswert. Was zählt, ist das direkte persönliche Umfeld, also die Einkommensposition innerhalb einer Vergleichsgruppe von Kollegen, →

Armutsquote: Tendenziell steigend

So viel Prozent der Bürger galten als arm, d.h. sie hatten weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens in Deutschland zur Verfügung.



Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwkd 42 · Foto: Robert Kneschke - Fotolia.com

Inhalt

Fachkräfteengpass. In Deutschland gibt es nicht nur zu wenige Ärzte und Ingenieure, die Unternehmen suchen auch beruflich Qualifizierte.
Seite 3

Arbeitsmarkt. Rund um Arbeitslosenquoten, Teilzeitjobs und Beschäftigtenzahlen ranken sich zahlreiche Mythen – ein Aufklärungsversuch.
Seite 4-5

Grundfreibetrag. Im kommenden Jahr steigt der Grundfreibetrag, was bei jedem Steuerzahler monatlich 2 Euro ausmacht.
Seite 6

Berufsbildungswerke. Zur Integration behinderter Jugendlicher in den Arbeitsmarkt leisten die Berufsbildungswerke einen wichtigen Beitrag.
Seite 7

Auslandsschulen. Deutsche Auslandsschulen sind keine Eliteschulen für Diplomatenkinder – drei Viertel der Schüler sind gar keine Deutschen.
Seite 8

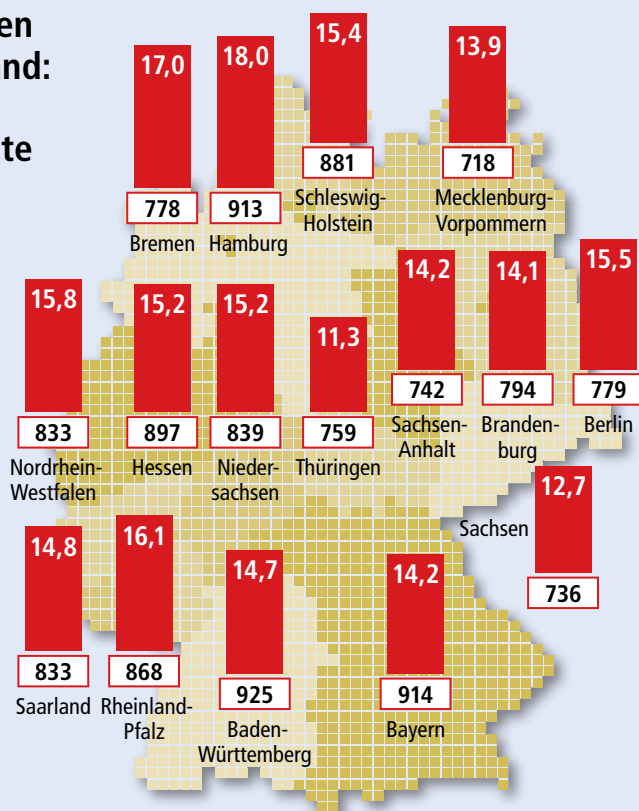
Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

Armutsquoten in Deutschland: Zwei Messkonzepte

So viel Prozent der Bürger galten 2011 als arm, d.h. sie hatten weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens in ihrem Bundesland zur Verfügung.

□ 60 Prozent des mittleren Einkommens in Euro



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Armutsquote: Die Deutschland-Betrachtung

So viel Prozent der Bürger galten 2011 als arm, d.h. sie hatten weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens in Deutschland zur Verfügung. Das waren 2011 für einen Alleinstehenden 848 Euro im Monat.

Bremen	22,3
Mecklenburg-Vorpommern	22,2
Berlin	21,1
Sachsen-Anhalt	20,5
Sachsen	19,6
Brandenburg	16,9
Thüringen	16,7
Nordrhein-Westfalen	16,6
Niedersachsen	15,7
Saarland	15,6
Rheinland-Pfalz	15,1
Hamburg	14,7
Schleswig-Holstein	13,8
Hessen	12,7
Bayern	11,3
Baden-Württemberg	11,2

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iw-d 42

→ Nachbarn oder Freunden. Dies erscheint plausibel, denn warum sollte sich beispielsweise ein Bauer in der Eifel mit einem Doppelverdienerpaaar in München vergleichen?

Dass Armut immer relativ ist, zeigt auch jener Vergleich, der auf den jeweiligen Einkommenswerten der einzelnen Bundesländer beruht. Denn anders als beim Vergleich auf Basis des bundeseinheitlichen Schwellenwerts haben die vier ostdeutschen Flächenländer nun die niedrigsten Armutsquoten (Grafik).

Bayern und Baden-Württemberg rutschen dagegen ins vordere Mittel-

feld ab, bleiben aber die reichsten Länder in Westdeutschland.

An der Spitze des Armutsrankings liegen mit Bremen und Hamburg zwei Stadtstaaten. Dies ist allerdings nicht zwangsläufig ein Zeichen verfehlter Sozialpolitik. Denn gerade in den Großstädten leben viele Migranten, Alleinerziehende und Alleinstehende, also Menschen mit dem höchsten Armutsrisiko.

Für den Ländervergleich spricht nicht zuletzt, dass sich auch das Preisniveau von Region zu Region unterscheidet. Wo die Einkommen verhältnismäßig niedrig sind, kann

man in aller Regel auch günstiger einkaufen und Wohnungen mieten.

Allerdings gibt es auch Einwände gegen die regionale Armutsbetrachtung: Zum einen empfinden sich Menschen mit geringem Einkommen generell ärmer als jene mit höherem Einkommen, egal wo sie wohnen. Zum anderen verändert die digitale Vernetzung das persönliche Umfeld: Wohnten die Freunde, mit denen man sich vergleicht, früher in derselben Straße oder derselben Stadt, spielt der Wohnort heute kaum eine Rolle mehr. Alle sind auf Facebook zu Hause.




© Foto: dpa

Wirtschaftsnobelpreis 2012

Sie setzen sich mit „einem zentralen wirtschaftlichen Problem auseinander: verschiedene Akteure auf bestmögliche Weise zusammenzubringen“, urteilte das Stockholmer Nobelpreiskomitee und verlieh den beiden US-Ökonomen Lloyd S. Shapley und Alvin E. Roth für ihre Arbeit den Wirtschaftsnobelpreis. Beide Wissenschaftler arbeiten unabhängig voneinander.

Lange Mangelliste

Fachkräfteengpass. In der Bundesrepublik gibt es nicht nur zu wenige Ärzte und Ingenieure – die deutschen Unternehmen suchen auch händeringend beruflich Qualifizierte. Besonders groß ist der Mangel in den gewerblich-technischen Berufen. 

In Berufen wie Dreher, Schweißer oder Rohrnetzbauer herrscht momentan Land unter: Es gibt zu wenige Bewerber. Die übliche Mangeldefinition von einer offenen Stelle und maximal drei registrierten Arbeitslosen wird in diesen Jobs derzeit nämlich noch weit unterschritten. Zwar lässt die 1:3-Relation nicht immer sofort auf einen Engpass schließen – der aber liegt sehr wohl vor, denn tatsächlich wird der Bundesagentur für Arbeit nur etwa jede dritte offene Stelle auch gemeldet.

Besonders gravierend ist der Fachkräfteengpass momentan in diesen Berufen (Grafik):

Bei den Elektroinstallateuren und den Elektromonteuren kamen im Mai 2012 auf 100 gemeldete Stellen lediglich 45 Arbeitslose.

Damit sind Elektroinstallateure knapper als die Maschinen- und Fahrzeugingenieure, bei denen zum selben Zeitpunkt auf 100 bundesweit gemeldete Stellen immerhin noch 62 Arbeitslose kamen.

Zudem ist der Engpass an Absolventen mit abgeschlossener Berufsausbildung auch breiter gestreut als der Mangel an Akademikern:

- Während es zurzeit zehn akademische Engpassberufe gibt, kommen die beruflich Qualifizierten auf 57 Berufsbilder mit mehr offenen Stellen als Jobkandidaten.

- In den Engpassberufen für beruflich Qualifizierte waren im Mai 2012 insgesamt 225.000 Stellen ausgeschrieben, in den Engpassberufen für Akademiker waren es gerade einmal 52.000.

Gleichwohl haben diese Bereiche eines gemeinsam: In beiden gefragten Absolventengruppen sind die MINT- bzw. MINT-affinen Berufe in der Mehrheit, also Jobs für Mathematiker, Informatiker, Naturwissenschaftler und Techniker. Von den zehn größten Engpassberufen für beruflich Qualifizierte stammen aktuell neun aus dem MINT-Sektor, lediglich die Gruppe der Krankenschwestern, -pfleger sowie Hebammen bildet eine Ausnahme.

Ein Blick zurück zeigt, dass viele Berufe schon seit Jahren Nachwuchsprobleme haben. Bereits im Jahr 2001 gab es in Deutschland 17 Jobs, in denen beruflich Qualifizierte fehlten – bei 14 von ihnen hat sich daran bis heute nichts geändert. Stark gestiegen ist auch die Zahl der gewerblich-technischen Berufe, in denen Betriebe kaum noch Mitarbeiter mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung finden. So werden heute Rohrinstallateure, Kunststoffverarbeiter und Betriebsschlosser für Stellen gesucht, die vor zehn Jahren noch leicht zu besetzen gewesen wären.



Studie

Vera Erdmann, Susanne Seyda:
Fachkräfte sichern – Engpassanalyse 2012. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin, August 2012

Weitere Informationen unter: www.kompetenzzentrum-fachkraeftesicherung.de



Fachkräftemangel:

Pfleger und Installateure dringend gesucht

Bei diesen zehn Berufen für beruflich Qualifizierte herrscht derzeit der größte Engpass Arbeitslose je offene Stelle im Mai 2012

Elektroinstallateure, -monteure

0,45

Fräser

0,51

Rohrinstallateure

0,56

Krankenschwestern, -pfleger

0,58

Dreher

0,67

Werkzeugmacher

0,76

Kunststoffverarbeiter

0,78

Rohrnetzbauer, Rohrschlosser

0,85

Schweißer, Brennschneider

0,92

Maschinenbautechniker

0,95

Berufe für beruflich Qualifizierte mit mindestens 1.000 Arbeitslosen im Mai 2012; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - wvd 42 - Foto: Leonardo Franko - Fotolia.com

Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung

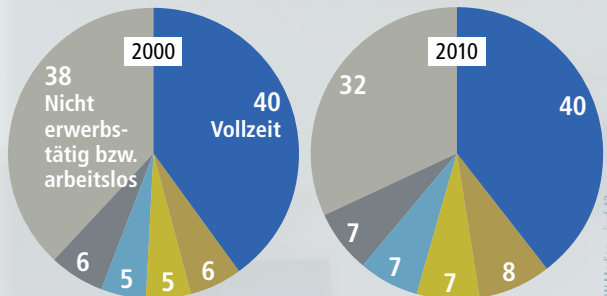
Das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung des Bundeswirtschaftsministeriums hilft kleinen und mittleren Unternehmen dabei, sich auf den Fachkräfterrückgang einzustellen und dafür eine langfristige Personalpolitik zu entwickeln. Es stellt neben Informationen und Studien Umsetzungshilfen für die Personalarbeit bereit und bietet Veranstaltungen und Werkstätten zur Fachkräftesicherung an.

Weitere Informationen unter: www.kompetenzzentrum-fachkraeftesicherung.de

Beschäftigungsformen

in Prozent der 15- bis 64-Jährigen

■ Teilzeit, 20 bis 31 Stunden die Woche ■ Weniger als 20 Stunden die Woche ■ Befristet ■ Selbstständig



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - IwD 42

Mythos 1: Es gibt kaum noch reguläre Jobs. Tatsächlich gibt es heute mehr sogenannte atypische Beschäftigungsverhältnisse – angefangen von Minijobs über befristete Stellen bis hin zur Zeitarbeit. Doch sie haben die regulären Jobs nicht verdrängt, sondern sind hinzugekommen. Menschen, die zuvor arbeitslos waren, konnten auf diese Weise in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Befristet Beschäftigte

in Prozent der Beschäftigten der jeweiligen Altersgruppe

Alter



Ohne Auszubildende; Stand: 2011

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

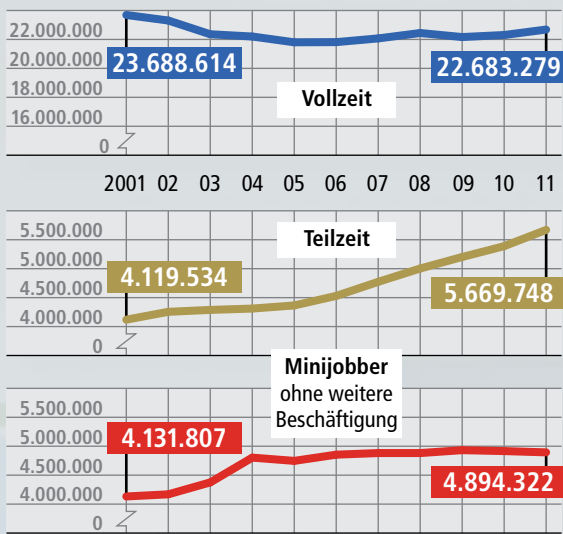
© 2012 IW Medien - IwD 42

Mythos 2: Arbeitnehmer werden nur noch befristet eingestellt. Das stimmt so nicht. Zwar werden viele Berufseinsteiger zunächst befristet beschäftigt, später bekommen sie aber einen festen Vertrag. Deshalb finden sich unter Arbeitnehmern, die das 30. Lebensjahr überschritten haben, nur noch wenig befristet Beschäftigte.

Arbeitsmarkt: Myth



Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung



Jeweils Ende Juni; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

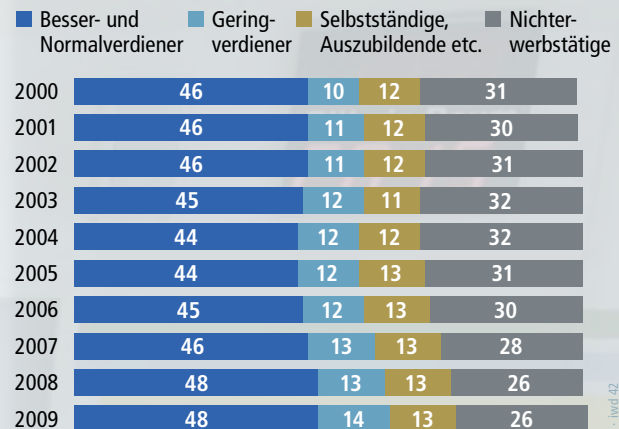
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - IwD 42

Mythos 3: Es gibt immer mehr Minijobs. Die Zahl der Menschen, die nur einen Minijob haben, nimmt seit 2004 nicht mehr zu. Als Jobmotor hat sich zuletzt vielmehr die sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit erwiesen. Für viele, allen voran Frauen, eröffnet sie die Möglichkeit, Beruf und Familie besser zu kombinieren.

Verdienstgruppen

in Prozent der 15- bis 65-Jährigen



Besser- und Normalverdiener: mehr als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns; Geringverdiener: zwei Drittel des mittleren Stundenlohns oder weniger; Nichterwerbstätige: Schüler, Studenten, Rentner, Arbeitslose etc.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

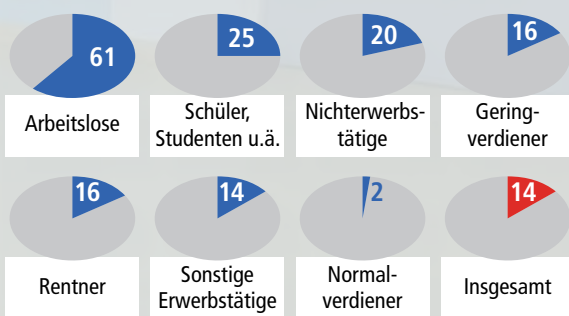
© 2012 IW Medien - IwD 42

Mythos 4: Niedriglohnbeschäftigung greift um sich. Der Anteil der Geringverdiener hat durchaus zugenommen. Aber das Plus ging nicht zulasten bestehender, gut bezahlter Jobs. Vielmehr haben gerade Arbeitslose im Niedriglohnbereich eine Stelle gefunden. Für Geringqualifizierte bietet er oft die einzige Beschäftigungsmöglichkeit.

os und Wirklichkeit

Armutsrissen

So viel Prozent der jeweiligen Gruppe sind armutsgefährdet



Normalverdiener: mehr als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns; Geringverdiener: zwei Drittel des mittleren Stundenlohns oder weniger; armutsgefährdet: 60 Prozent oder weniger des mittleren Einkommens; Stand: 2009

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

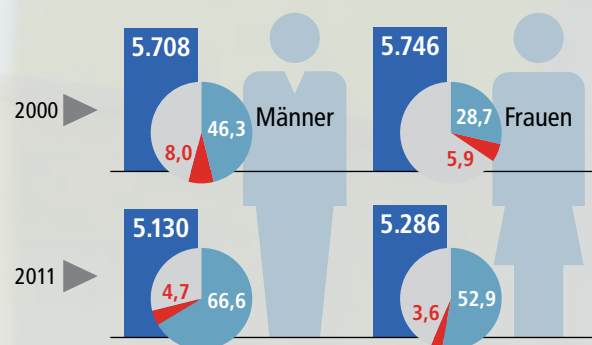
© 2012 IW Medien - IwD 42

Mythos 5: Arbeit und trotzdem arm. Bezieher von Niedriglöhnen gehören nicht zwangsläufig zu den Armen im Land. Weitere Einkommensquellen – etwa Renten, Mieteinnahmen, Verdienst des Partners – sorgen in mehr als acht von zehn Fällen dafür, dass Geringverdiener mehr als nur das Notwendigste zum Leben haben. Wesentlich höher ist das Armutsrisiko für Arbeitslose.

Arbeitsmarkt für Ältere

55- bis 64-Jährige, in 1.000

davon ■ erwerbstätig in Prozent ■ erwerbslos in Prozent



Urspungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - IwD 42

Mythos 6: Ältere haben auf dem Arbeitsmarkt keine Chance. In den vergangenen Jahren sind viele Möglichkeiten der Frühverrentung gestrichen worden. Das Ergebnis war aber nicht – wie oft befürchtet – ein Anstieg der Arbeitslosigkeit. Vielmehr ist die Arbeitslosigkeit deutlich gesunken – vor allem bei Frauen über 55. Spiegelbildlich dazu ist die Zahl der erwerbstätigen Älteren gewachsen.

Mini-Entlastung in Sicht

Grundfreibetrag. Im kommenden Jahr werden die Finanzämter jedem Steuerzahler monatlich 2 Euro weniger abknöpfen. Mehr gibt die anstehende Erhöhung des Grundfreibetrags nicht her. Das Problem der kalten Progression ist damit ohnehin nicht gelöst.

8.004 Euro im Jahr – so viel Geld braucht ein Bundesbürger mindestens, um ein Dach über dem Kopf zu haben, sich einzurichten, zu kleiden und zu ernähren. Ein Arbeits-einkommen in dieser Höhe – das sogenannte Existenzminimum – darf vom Finanzamt nicht angetastet werden. Es muss jedem Arbeitnehmer also einen Grundfreibetrag einräumen. Das hat das Bundesverfassungsgericht so entschieden. Zudem wird der Grundfreibetrag regelmäßig an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepasst.

Laut Schätzungen des Bundesfinanzministeriums muss der Grundfreibetrag deshalb 2013 um 126 Euro auf 8.130 Euro und im Jahr 2014 um weitere 224 Euro steigen.

Bundesbürger, deren zu versteuerndes Einkommen über diesem Grundfreibetrag liegt, profitieren ebenfalls von der Anhebung. Denn künftig müssen sie erst ab einem Jahreseinkommen von 8.130 Euro Steuern zahlen, haben also im Jahr 24 Euro mehr im Portemonnaie.

Diese Anhebung hat jedoch einen unerfreulichen Nebeneffekt. Weil am Tarifknick bei 13.469 Euro nichts geändert wird, verläuft die Tarifkurve anfangs steiler (Grafik). Sie treibt die Steuerlast nach Gehaltserhöhungen für Bezieher kleiner Einkommen schneller nach oben als bisher.

Ein zweites Ärgernis ist die sogenannte kalte Progression. Weil der progressive Steuertarif jeden Euro mehr auf dem Lohnzettel mit einem höheren Steuersatz belegt, können sich Arbeitnehmer nach einem Inflationsausgleich real weniger kaufen als vorher (vgl. dazu ausführliche Berechnungen iwd 24/2011).

Um das Problem der kalten Progression in den Griff zu bekommen, gibt es eine einfache Lösung: Man muss alle Tarifstufen anheben und nicht nur den Grundfreibetrag. So würde zum Beispiel der Steuersatz von 36 Prozent erst bei einem Einkommen von 40.391 Euro greifen – und nicht wie heute schon bei 39.776 Euro. Ein entsprechendes Gesetz hat der Bundestag schon im vergangenen Jahr verabschiedet.

Die Länderkammer jedoch blockiert das Vorhaben bislang – obwohl der Bund den Ländern zwei Drittel der dadurch verursachten Steuerausfälle von zunächst 2 Milliarden Euro erstatten würde. Steuerausfälle in dieser Größenordnung sind aber zu verkraften. Das gilt auch für den nächsten Schritt im Jahr 2014, der mit etwa 6 Milliarden Euro zu Buche schlagen würde, da die Steuereinnahmen sprudeln.

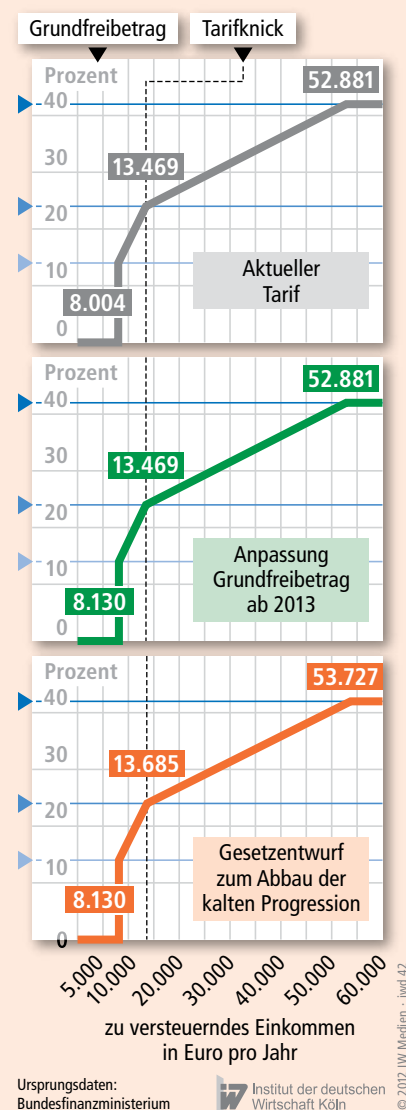
Der Arbeitskreis Steuerschätzung rechnete zuletzt für 2014 mit Steuermehreinnahmen von 45 Milliarden Euro gegenüber 2012.

Das politische Tauziehen um eine Anpassung des Steuertarifs an die Inflation, das alle paar Jahre aufs Neue einsetzt, könnte man sich ersparen, wenn der Steuertarif automatisch um den Preisanstieg bereinigt würde. Diesem „Tarif auf Rä-


dern“ stehen Finanzpolitiker jedoch skeptisch gegenüber – sie ticken anders. Die einen verkaufen den gelegentlichen Abbau der kalten Progression lieber als großzügige Steuerentlastung. Die anderen nehmen den Effekt gerne mit und finanzieren mit diesen zusätzlichen Einnahmen zusätzliche Ausgaben.

Einkommenssteuer: Nur ein Reförmchen

- ▶ Spitzensteuersatz 42 Prozent
- ▶ Steuersatz 24 Prozent
- ▶ Eingangssteuersatz 14 Prozent



Chancen für behinderte Jugendliche

Berufsbildungswerke. Zur Integration behinderter Jugendlicher in den Arbeitsmarkt leisten die Berufsbildungswerke einen wichtigen Beitrag. Deren Ausbildungsangebot ist zwar zunächst teuer, rentiert sich aber später für alle Beteiligten. 

Ging es früher eher um die reine Fürsorge, verfolgt die Sozialpolitik in Deutschland seit dem Behindertengleichstellungsgesetz von 2002 vorrangig das Ziel, die Lebensqualität von behinderten Jugendlichen zu verbessern – nicht zuletzt dadurch, dass ihre Chancen erhöht werden, einen Beruf zu erlernen und auszuüben.
















Möglich machen das die Berufsbildungswerke (BBW). Die vorwiegend außerbetriebliche Ausbildung in diesen Einrichtungen (Kasten) wird hauptsächlich von der Bundesagentur für Arbeit finanziert und kostet rund 52.000 Euro pro Kopf mehr als die Ausbildung benachteiligter Jugendlicher andernorts. Aber diese Investition lohnt sich, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigt, für die mehr als 1.500 BBW-Absolventen der Jahre 1995 bis 2008 befragt wurden:

Bereits nach zehn Jahren haben die behinderten Ausbildungsabsolventen mehr an Wertschöpfung erwirtschaftet, als ihre Ausbildung zusätzlich im Vergleich zu anderen Ausbildungsangeboten gekostet hat.


Der Grund: Die BBW-Absolventen sind öfter erwerbstätig und erzielen höhere Einkommen als behinderte Jugendliche ohne Berufsabschluss oder Ausbildungsabbrecher – wer eine Ausbildung abgeschlossen

Behinderte Jugendliche: Vom Bildungswerk in den Job

So viel Prozent der Absolventen einer Ausbildung an einem Berufsbildungswerk waren 2010 ...

	Abschlussjahrgänge		
	1995 bis 1999	2000 bis 2004	2005 bis 2008
... erwerbstätig	 70	 66	 63
... arbeitslos	 17	 24	 27
... in einem weiteren Bildungsgang	 3	 3	 4
... in einer Fördermaßnahme der Bundesagentur für Arbeit	 2	 2	 2
Sonstiges	 9	 5	 5

Befragung im Jahr 2010 von 1.529 Absolventen einer Ausbildung an einem Berufsbildungswerk der Abschlussjahrgänge 1995 bis 2008; Sonstiges: Absolventen stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - IWD 42

hat, bekommt durchschnittlich rund 6.100 Euro pro Jahr mehr.

Allerdings findet unmittelbar nach der Ausbildung erst einmal nur gut jeder Dritte einen Job. Nach zehn Jahren aber stehen sieben von zehn Absolventen im Berufsleben (Grafik). Analog dazu sinken die Arbeitslosenzahlen der BBW-Absolventen. Waren im Jahr 2010 noch 27 Prozent der Abschlussjahrgänge 2005 bis 2008 ohne Job, betrug die Quote bei den Jahrgängen 1995 bis 1999 nur noch 17 Prozent. Dauerhafte Arbeitslosigkeit kommt fast gar nicht vor:

Lediglich 2,4 Prozent der BBW-Absolventen von 1995 bis 2008 hatten im Jahr 2010 noch keinen einzigen Job ergattert.

Die Berufsbildungswerke

Die 52 Berufsbildungswerke in Deutschland haben einen ganzheitlichen Ansatz zur Qualifizierung behinderter Jugendlicher – angefangen von der Eignungsfeststellung über die Berufsvorbereitung bis hin zur Ausbildung. Während ihrer Ausbildung sind die Jugendlichen in Internaten untergebracht und werden sozialpädagogisch, medizinisch sowie psychologisch betreut. Im Jahr 2008 hatten die Berufsbildungswerke insgesamt gut 14.200 Ausbildungsplätze für 244 Berufe, fast 12.100 Internatsplätze, rund 2.500 Plätze für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen sowie 610 Plätze für Berufsfindung, Arbeitserprobung und ähnliche Maßnahmen. Einschließlich der Berufsvorbereitung dauert die Ausbildung an einem Berufsbildungswerk durchschnittlich knapp dreieinhalb Jahre.

Drei Viertel der BBW-Teilnehmer haben entweder keinen Schulabschluss oder höchstens die Hauptschule geschafft; die meisten haben Schwierigkeiten zu lernen oder sind körperlich behindert, es folgen Sprach- und Hörbehinderungen, psychische Behinderungen, Sehschwächen/Blindheit und Autismus.



IW-Analysen Nr. 81

Michael Neumann, Dirk Werner:
Berufliche Rehabilitation

behinderter Jugendlicher, Köln 2012,
72 Seiten, 18,90 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwmedien.de/bookshop

Goethe begeistert global

Auslandsschulen. Deutsche Schulen im Ausland sind alles andere als Eliteschulen für Diplomatenkinder. Denn drei Viertel der Schüler sind gar keine Deutschen.

Dass Goethe und die deutsche Grammatik im Ausland derzeit besonders hoch im Kurs stehen, liegt wohl auch an der Eurokrise. In der Hoffnung, in Deutschland einen Job zu finden, treibt es vor allem junge Leute aus Spanien und anderen Krisenländern in die Deutschkurse oder direkt auf eine deutsche Auslandsschule (Grafik):

Von 2007 bis 2010 wurden im Ausland 23 neue deutsche Schulen gegründet. An den insgesamt 140 Auslandsschulen in 71 Ländern werden derzeit rund 79.000 Schüler unterrichtet – davon haben mehr als 58.000 keinen deutschen Pass.

Deutschunterricht im Ausland gibt es auch an ganz normalen Schulen. Im Jahr 2011 zählte die Zentral-

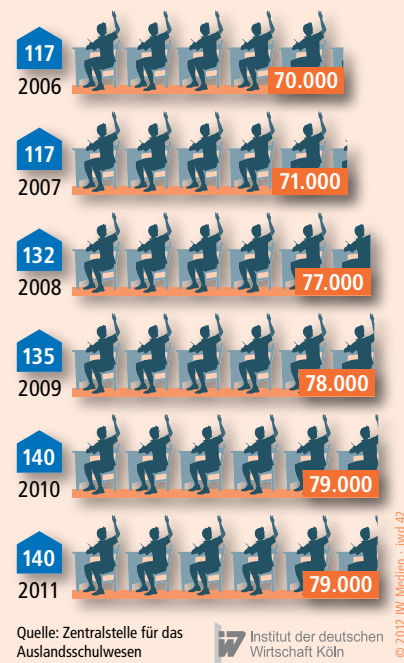
stelle für das Auslandsschulwesen 312.000 Deutschlerner an DSD-Schulen. Das sind ausländische Schulen, an denen das Deutsche Sprachdiplom (DSD) erworben werden kann. Fast 18.400 Männer und Frauen bestanden im vergangenen Jahr die Prüfung, im Jahr 2005 waren es noch 5.000 weniger.

Angesichts des Fachkräftemangels in Deutschland (vgl. Seite 3) wäre es wünschenswert, wenn möglichst viele Absolventen der deutschen Auslandsschulen und der Sprachdiplomschulen in die Bundesrepublik kämen, um hier ihre Ausbildung fortzusetzen. Tatsächlich möchte durchschnittlich jeder vierte Schüler einer Auslandsschule später in Deutschland studieren oder eine Ausbildung beginnen. Von den DSD-Absolventen gibt ebenfalls rund jeder Vierte an, in Deutschland studieren zu wollen; ein weiteres Drittel plant, wenigstens einen Teil des Studiums in der Bundesrepublik zu absolvieren.

Organisatorische und finanzielle Unterstützung leistet dabei der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), der seit 2001 im Rahmen des Stipendienprogramms „Deutsche Auslandsschulen“ besonders guten Absolventen ein Vollstudium in Deutschland finanziert. Mittlerweile beträgt der Kreis der

Auslandsschulen: Deutscher Unterricht ist gefragt

Schülerzahl an deutschen Auslandsschulen
■ Zahl der deutschen Auslandsschulen



Geförderten 580 junge Leute – fast zwei Drittel der Stipendiaten sind weiblich. Der Großteil schrieb sich in den Ingenieur-, Natur-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften oder Medizin ein.

Um begabten deutschsprachigen Nachwuchs buhlen die Hochschulen aber auch direkt: Die neun führenden Technischen Universitäten in Deutschland, die TU9, kooperieren mittlerweile mit 83 Auslandsschulen und elf ausländischen Schulen mit erweitertem Deutschunterricht, um zusätzliche Studienanfänger für mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer zu gewinnen.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Angelika Goldenberg

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.